

Schwere Zeiten für Europa 2017

USA, Russland, Türkei in neuer Rolle, Wahlen in Paris und Berlin, EU kämpft mit Brexit

Thomas Mayer

Das neue Jahr hat begonnen, wie das alte aufgehört hat: mit einem Anschlag in Europa. Dutzende Menschen wurden verletzt oder getötet. Mit Istanbul stiegen die Bilder der Terrorattentate von Paris, Brüssel, Nizza, Ankara, Berlin wieder auf.

Wer dieser Tage in Graz ist, kann sehen, was politisch die Hauptthemen bleiben: Die FPÖ hat die Stadt mit Plakaten für die Gemeinderatswahl im Februar überschwemmt, mit nur einer Botschaft: „Fremd sein in der eigenen Stadt, im Park, in der eigenen Schule – wir wollen unser Graz zurück! Mehr Sicherheit.“ Soll heißen: Ausländer raus! Flüchtlinge raus! Raus aus der EU! Grenzen dicht. Mir san mir, national und sozial nur für Inländer! Damit verheeren Rechtspopulisten ganz Europa.

In Moskau lacht sich Präsident Wladimir Putin ins Fäustchen. Er setzte durch einen Deal mit dem nicht weniger autoritären türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan auch in Syrien seinen Willen durch. Zudem demonstrierte er, wie locker er mit den USA Katz und Maus spielt. Zu Sanktionen von Nochpräsident Barack Obama wegen eines (nicht bewiesenen) Spionageangriffs im US-Wahlkampf antwortete er mit: Ignorieren! Er warte auf den Neuen, Donald Trump.

Istanbul, Graz, Russland, Türkei, die USA, was hat das mit der EU zu tun? Das sind Ereignisse, örtlich und politisch weit voneinander entfernt. Man soll sich nicht täuschen. Sie stehen für eine Problemlage, die die Handlungsmöglichkeiten in Europa 2017 bestimmen wird: Krieg in Syrien, weitere Flüchtlingsströme, illegale Migration aus Afrika, Terror durch Islamisten. Der Rahmen der machtpolitischen Kräfteverteilung in der Welt wird sich verändern, vor allem durch Trumps angekündigten Rückzug der USA („America first“) und die Reaktionen Russlands, Chinas, der Türkei darauf.

Die Europäer haben da nicht viel zu bieten. In vielen EU-Ländern, die sich wirtschaftlich nach wie vor nur langsam erholen, steigen soziale Spannungen. Populistische Parteien nutzten das bei Wahlen seit Jahren; in Griechenland, Spanien, Italien, Portugal die Linke. 2017 dürften die Rechtspopulisten ihre Siegestour fortsetzen.

Als wäre das nicht genug, kommen die Unsicherheiten des Brexit dazu. London hat keine glaubhafte Strategie, wie es sich den EU-Austritt vorstellt. Die EU-27 wissen nicht, wie sie allein

weitermachen. Die Fülle der Probleme macht verständlich, warum viele jetzt einen „Neustart“ der EU beschwören.

Aber was soll das sein außer Illusionen? Die Welt ist keine Modelleisenbahn. Eine „bessere EU“ lässt sich nicht einfach zusammenbasteln. Die Europäer müssen realistisch bleiben, sich auf das besinnen, was die Union stets zusammengehalten hat: maßvolle, kluge Kooperation, wechselseitiges Nachgeben, zähes Ringen, Schritt für Schritt, Kompromiss. Das bringt keine spektakulären Erfolge, trifft aber das Bedürfnis der großen Mehrheit der Völker in den Nationen.

Der Schlüssel zum Weg aus der Krise liegt in Frankreich und Deutschland, wo 2017 Wahlen stattfinden. Sie haben die EU von jeher gestaltet, aber auch getragen. So sehr es auch rumpelt: Die Rechtspopulisten werden nicht an die Macht kommen.

Das gilt auch für Marine Le Pen. Sie hat gute Chancen, in die Stichwahl zu kommen wie 2002 ihr Vater Jean-Marie, sie wird aber wohl kaum Präsidentin werden. Ein Norbert-Hofer-Schicksal. Bleiben Berlin und Paris stabil, kann es auch in der EU wieder weitergehen. Schwere Zeiten also, aber kein Grund für totalen Pessimismus.

KOPF DES TAGES

15 Jahre und stark pubertierend

Es war und ist das ehrgeizigste Projekt der Europäischen Union: Die Gründung einer gemeinsamen Währung, die in 19 Ländern der EU als gesetzliches Zahlungsmittel dient.

Mittlerweile sind die Münzen und Scheine 15 Jahre alt und, wie in diesem Alter üblich, stark pubertierend. Es zeigt sich, dass die Einführung einer gemeinsamen Währung in dem heterogenen Wirtschaftsraum zu Problemen führen kann. Denn eine Ab- oder Aufwertung als wirtschaftspolitisches Instrument fällt bei einer gemeinsamen Währung weg – und das spüren wirtschaftlich schwächere Mitglieder.

Um den Erhalt des Euro bangen deshalb führende Politiker immer wieder – und nicht erst seit der Griechenland-Krise. Erst kürzlich warnte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble vor einem Auseinanderbrechen der Währungsunion. „Wenn wir die Regeln nicht einhalten, fliegt uns die Eurozone auseinander“, sagte er in der Wochenzeitung *Die Zeit*. Vor allem Begleitmaßnahmen wie eine Annäherung bei Finanzpolitik und Steuersätzen fehle. In der Staatsschuldenkrise in Europa haben sich die Gräben zwischen den Ländern vertieft, und dies trotz Einführung einer Gemeinschaftswährung.



Wird als Quelle politischer Stabilität gesehen: der Euro.

Foto: AFP

Aber natürlich brachte der Euro viel für die Vertreter einer globalisierten Welt: Für Reisende gibt es innerhalb der Eurozone kein umständliches Umrechnen mehr. Unternehmen profitieren vom Wegfall der Wechselkurschwankungen. Ein kleines Land wie Österreich mit seiner starken Ausrichtung auf grenzüberschreitenden Handel zählt zu den Gewinnern der Währungsunion.

Insbesondere junge Menschen sind Anhänger des Euro. Viele von ihnen können sich an frühere Schillingzeiten gar nicht mehr erinnern.

Außerdem war die Inflationsrate in den vergangenen 15 Jahren ausgesprochen moderat. Der Euro habe sich nicht als Teuro erwiesen, betonen Statistiker anlässlich des 15-Jahr-Jubiläums. Ganz im Gegensatz zum Schilling, wo es in den 1970er-Jahren immer wieder Preissteigerungen von acht oder neun Prozent gab.

Für fast 340 Millionen Menschen ist der Euro Zahlungsmittel. Laut Umfrage der EU-Kommission halten ihn 56 Prozent der Menschen für eine gute Sache und für eine Quelle politischer Stabilität. Neben den 19 Euroländern haben ihn auch andere europäische Länder als Währung: Andorra, Monaco, San Marino und der Vatikan. Auch im Kosovo und in Montenegro ist er Zahlungsmittel. *Johanna Ruzicka*